

Wolfgang Reeder

Wissenschaftlichkeit – Bedingung Politischer (Erwachsenen) Bildung ?

0. Fragestellung
1. Problemübersicht
2. Lernziel Handeln
3. Bedingungen politischen Handelns
4. Wissenschaftlichkeit
5. Grenzen der Wissenschaftlichkeit
6. Realisierung von Wissenschaftlichkeit
7. Zusammenfassung

In:
Außerschulische Bildung
Jg.09(1978)4, B.106-111

Wissenschaftlichkeit – Bedingung politischer (Erwachsenen)Bildung?

Fragestellung

Institutionelle Absicherung durch Weiterbildungsgesetze, damit verbunden Professionalisierung des pädagogischen Personals haben auch im Bereich der politischen Erwachsenenbildung eine Diskussion aufleben lassen, die in den sechziger und frühen siebziger Jahren in der Schulpädagogik intensiv geführt worden ist¹: Die Diskussion um ‚Wissenschaftlichkeit‘ oder ‚Wissenschaftsorientiertheit‘ – muß sich politische Erwachsenenbildung an Methoden, Ergebnissen, Systematik der (Sozial)Wissenschaften orientieren? Oder muß Wissenschaftlichkeit für die außerschulische Bildung abgelehnt werden, weil sie nicht vereinbar ist mit den formalen Bedingungen der Kurzzeitpädagogik, mit den inhaltlichen Bedingungen von Handlungsorientierung und Teilnehmerorientierung?

Eine Antwort auf diese Fragen wird im folgenden in sechs Schritten erarbeitet:

1. Die hier vertretene Position wird im Rahmen einer Problemübersicht formuliert.
2. Das Richtziel politischer Bildung – ‚Handlungsorientierung‘ –, vor dem sich ‚Wissenschaftlichkeit‘ legitimieren muß, wird bestimmt.
3. Die Beziehung zwischen ‚Handlungsorientierung‘ und ‚Wissenschaftlichkeit‘ wird untersucht.
4. Die Forderung nach ‚Wissenschaftlichkeit‘ wird in Hinsicht auf ihre praktische Umsetzung präzisiert.
5. Es wird geprüft, welche Grenzen der Wissenschaftlichkeit in Veranstaltungen politischer Bildung gesetzt sein können.
6. Es werden einige Konsequenzen benannt, die sich aus der Forderung nach Wissenschaftlichkeit bei der Konzeption von Bildungsveranstaltungen ergeben.

1. Problemübersicht

Die folgende Zeichnung stellt zunächst die beiden Entscheidungsebenen außerschulischer politischer Bildung dar: die Ebene der Legitimation (Rechtfertigung) und die

¹ Vgl. *Theodor Wilhelm*: Theorie der Schule – Hauptschule und Gymnasium im Zeitalter der Wissenschaften; Stuttgart 1967. *Deutscher Bildungsrat*: Strukturplan für das Bildungswesen; Bonn 1970, S. 33 ff.

Ebene der Begründung von Programmen politischer Bildung.

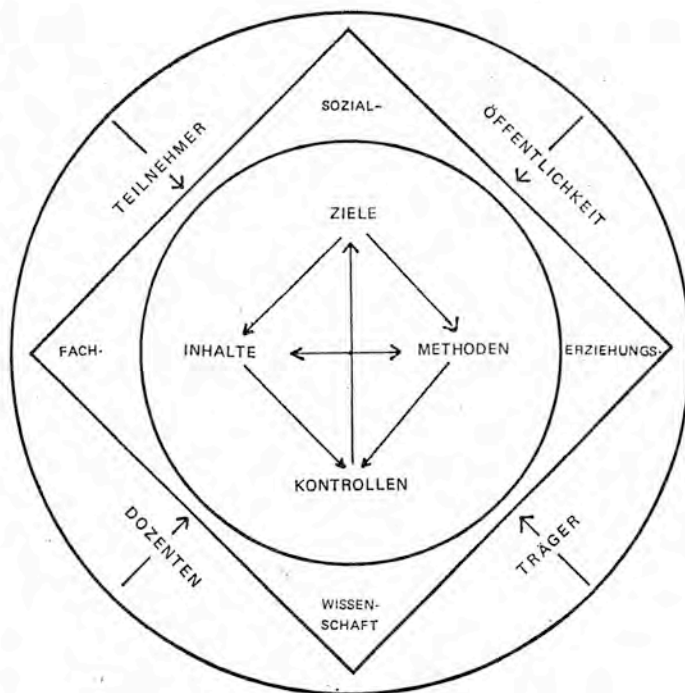


Abbildung 1

Auf der Ebene der Legitimation wird gefragt, welchen Einfluß Teilnehmer, Dozenten, Träger, Öffentlichkeit (= Förderer) auf die Ziel-, Inhalts-, Methoden-, Kontrollentscheidungen für Veranstaltungen politischer Bildung a) nehmen sollen, b) tatsächlich nehmen. Auf der Ebene der Begründung wird gefragt, welche Voraussetzungs-Folge-Verhältnisse² zwischen Zielen, Inhalten, Methoden und Kontrollen beachtet werden müssen, wenn die Ziele von Veranstaltungen festgelegt sind.

Begriffliche Unterscheidung von Legitimation und Begründung ist selbstverständlich auch hier nicht gleichzusetzen mit sachlicher Trennung: Zwischen Legitimations- und Begründungsebene gibt es vielfältige Wechselbeziehungen.

Zwischen diesen beiden – als konzentrische Kreise gezeichneten – Ebenen ist nun in der Übersicht ein Quadrat

² So formuliert *Geißler* in seiner Herbart-Interpretation den Gegenstand von Unterrichtsanalyse; *Erich E. Geißler*: Herbarts Lehre vom erziehenden Unterricht; Heidelberg 1970, S. 13 ff.

mit der Inschrift Fach-, Sozial-, Erziehungswissenschaften eingezeichnet. Dieses Quadrat scheint die Einflüsse von Teilnehmern, Dozenten, Trägern, Öffentlichkeit einzugrenzen, zumindest zu filtern. Damit ist die Position bestimmt, die im folgenden begründet werden soll: Ansprüche an die Gestaltung von Programmen zur politischen Bildung sind nur insoweit zulässig, als sie nicht in Widerspruch stehen zur Bedingung der Wissenschaftlichkeit politischer Bildung.

2. Lernziel Handeln

Ein oder das Hauptziel politischer Bildung – darin sind sich Verfechter sonst durchaus verschiedener, kontroverser Positionen einig³ – ist es, zum politischen Handeln zu befähigen. Und sicherlich wird Handeln hier als legales, also terroristische Aktivitäten ausschließendes, und als rationales, also an andauernden Erfolgen orientiertes Handeln verstanden.

Dann aber folgt aus der Handlungsorientierung politischer Bildung die Feststellung, „... daß politische Ereignisse stets aus dem Zusammenwirken verschiedener Faktoren entstehen, ... als zentrales Lernziel ...“, weil ihr Verständnis allen einfachen monokausalen Betrachtungsweisen in Gegenwart und Vergangenheit entgegenwirkt.“⁴ Monokausale Betrachtungsweisen abzulehnen, ist nicht nur von der Gefahr der Einseitigkeit, der Indoktrination her geboten, sondern vom Lernziel Handlungsorientierung selbst her: Wer die Situation nicht richtig einschätzt, der wird die Ziele seines Handelns kaum verwirklichen können. Wird die Komplexität einer hochdifferenzierten Gesellschaft nicht berücksichtigt, dann wird Handeln bestimmt sein nicht von den beabsichtigten (Er)Folgen, sondern von unbeabsichtigten, häufig den Handlungszielen zuwiderlaufenden Nebenwirkungen – ein Phänomen, das aus Alltagserfahrung, Politikbeobachtung und geschichtlicher Besinnung gleichermaßen vertraut ist (und ein Hinweis, wie bedeutsam historische Besinnung für politisches Handeln ist).

3. Bedingungen politischen Handelns

Die Erfahrung unbeabsichtigter Nebenwirkungen zeigt, daß rationales Handeln Voraussetzungen hat, die zu vermitteln

³ Vgl. z. B. die Beiträge von *Schlüter/Elsner* und *Weick* in: AB, Jg. 8 (1977) 2, D 38–42 und *Bernhardt* in: AB, Jg. 8 (1977) 3, F 23–25 sowie die Beiträge von *Holtmann*, *Knütter* und *Schorb* in: AB, Jg. 7 (1976) 4, B 61–75.

⁴ *Walter Bernhardt*, Anmerkungen zu den von *Edgar Weick* vorgelegten Anmerkungen ...; in: AB, Jg. 8 (1977) 3, F 24.

handlungsorientierter politischer Bildung obliegt: Rationales Handeln erfordert, daß der Handelnde

- a) ein Problem sowohl in seinen Differenzierungen verfolgen als auch in Zusammenhänge einordnen kann;
- b) seine Problemkenntnisse einem Lückentest unterwerfen kann. „Nicht nur Aktualisieren von Wissen, sondern das Beschreibenkönnen des eigenen Nichtwissens gehört zur Rationalität;“⁵
- c) über Verfahren informiert ist, von Nichtwissen zum Wissen zu gelangen;
- d) fähig ist, mit anderen über Kenntnisse und fehlende Kenntnisse, über Handlungsziele und Handlungsbedingungen zu sprechen;
- e) geschützt ist vor verzerrten oder verfälschten Informationen, durch die er manipuliert werden soll.

Diese Voraussetzungen rationalen Handelns lassen sich nur erfüllen, wenn wissenschaftliche Problemverarbeitung zum Inhalt politischer Bildung wird: „Ein zum angemessenen Problemüberblick führendes Bildungswissen kann nur mit Hilfe der wissenschaftlichen Systematik strukturiert und von ihr her ausgewählt werden, weil nur von der wissenschaftlichen Systematik einer Disziplin aus der zu einer gegebenen Zeit vorhandene Wissensbestand überschaubar gehalten, in seinem Zusammenhang gesehen und nach seinen Bedeutungen befragt werden kann.“⁶ – Voraussetzung auch für einen Lückentest.

Merkmal von Wissenschaft sind Verfahren, Erkenntnisse zu gewinnen, die nachvollziehbar, deren Ergebnisse damit intersubjektiv überprüfbar sind und diskutiert werden können. Und die Möglichkeit, Aussagen zu überprüfen, ist der einzige dauerhafte Schutz vor Manipulation. Wissenschaftssystematik, wissenschaftliche Ergebnisse, wissenschaftliche Methoden – Wissenschaftlichkeit erweist sich als Kriterium handlungsorientierter politischer Bildung.

4. Wissenschaftlichkeit

Mag die Bedingung Wissenschaftlichkeit so auch akzeptiert werden – in den wenigen Tagen eines Seminars, im beschränkten Zeitrahmen der Kurzzeitpädagogik läßt sich Fachwissenschaft, wie sie der Student in unseren Hochschulen kennen (und fürchten) lernt, nun einmal nicht abbilden. Vor allem deshalb: „Die Möglichkeiten, Wissenschaft gegenüber den Ansprüchen der Gesellschaft einsichtig und verfügbar zu machen, sind begrenzt einmal durch die sachimmanente Kompliziertheitsstruktur und

⁵ *Manfred Hättich*: Rationalität als Ziel politischer Bildung; München 1977, S. 61.

⁶ *Erich E. Geißler*: Allgemeinbildung in einer freien Gesellschaft; Düsseldorf 1977, S. 68.

zum zweiten durch die eine raschere Kommunikation sicherstellende Terminologie.“⁷

Hier ist die Fachsprache bereits auf ihren Zweck zurückgeführt: Kommunikation zu erleichtern. Dies schließt den Teil wissenschaftlicher Terminologie aus, der Kommunikation heute bereits innerhalb des Wissenschaftssystems unmöglich macht, zuweilen offenkundig unmöglich machen soll. In einem weiteren Bereich von Wissenschaftssprache geht es um Übersetzungsaufgaben. Daß die ohne Verzicht auf Wissenschaftlichkeit gelöst werden können, zeigen Vergleiche deutscher und amerikanischer sozialwissenschaftlicher Literatur.

Das Problem liegt an der Nahtstelle von Terminologie und Kompliziertheit. Die Ausdifferenzierungen von Wissenschaft sind für den Teilnehmer auch dann nicht mehr nachvollziehbar oder auch nur überschaubar, wenn sie Verästelungen genannt werden. Beide Begriffe allerdings weisen den Weg: Wissenschaftlichkeit in der politischen Bildung meint den Versuch, die Spezialisierung von Wissenschaften zurückzuerfolgen, um zu den Ausgangsfragen von Wissenschaft und damit von der Vielfalt der Wissenschaften zur Einheit der Wissenschaft zu gelangen.

Wer, in der Hoffnung, sich über ökonomische Probleme informieren zu können, den Wirtschaftsteil seiner Tageszeitung aufschlägt, wird sich in der Regel schnell im Dschungel ungezählter Fachbegriffe und ungezählter Sachprobleme verirren (die Suche nach dem Gral ökonomischer Erkenntnis aufgeben und solche Erkenntnis fortan allein in einem für Irdische unzugänglichen, vom Rate der Weisen gehüteten Magischen Polygon vermuten, dessen Märchenhaftigkeit sich ja schon im Streit um die Zahl seiner Ecken erweist). Alle Begriffe jedoch, die im Zusammenhang ‚Konjunktur‘ verwendet werden – Geldentwertungsrates / Handelsbilanzüberschuß / Produktionspotential – Aufwertung / Kaufkraft / Investitionen / Konjunkturprogramm / Unterbeschäftigung / Staatsverbrauch / Wechselkurs / Wachstum usw. – lassen sich zusammenfassen zu den Größen Nachfrage der privaten Haushalte, der Unternehmen, des Staates, des Auslandes und Angebot der Unternehmen, des Staates, des Auslandes; diese wiederum lassen sich zusammenfassen zu den beiden Größen gesamtwirtschaftliche Nachfrage und gesamtwirtschaftliches Angebot. Konjunktur läßt sich nun einfach anschaulich machen als zyklisch auftretende Ungleichgewichte zwischen gesamtwirtschaftlicher Nachfrage und gesamtwirtschaftlichem Angebot.

In ähnlicher Weise lassen sich auch normative Systeme verdichten. Politische Konzeptionen können auf den ihnen zugrunde liegenden anthropologischen Ansatz zurückgeführt werden⁸. Dieser Ansatz erlaubt zudem dem Teilnehmer, auch dort Konzeptionen zu beurteilen, wo er sich bislang unzugänglichen Fachproblemen gegenüber sah.

7 Joachim H. Knoll: *Erwachsenenbildung*; Stuttgart 1972, S. 53.

8 z. B. Wolfgang Reeder: *Menschenbild, Grundwerte, Staatsverständnis*; in: R. Frommelt (Hrsg.), *Liberale Grundwerte*, Bonn 1978.

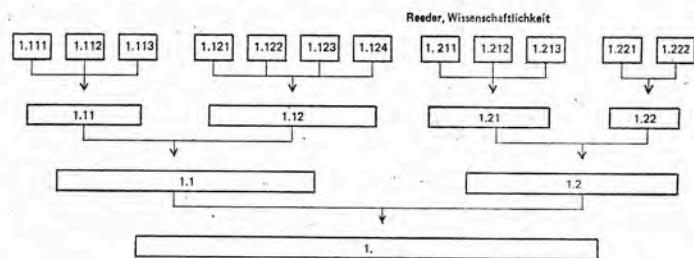


Abbildung 2

Nun ist die Rede von der Einheit der Wissenschaft angesichts unterschiedlicher, ja gegensätzlicher wissenschaftlicher Ansätze recht problematisch. Doch auch dieses Problem läßt sich klären, führt man die unterschiedlichen Ansätze auf die Frage zurück: Was eigentlich ist Wissenschaft? „Vernünftige Erkenntnis‘ ist zunächst eine Sache der Methode und erst darauf bezogen eine Sache der Inhalte. Zumindest lassen sich diese nur methodisch, nicht aber durch gegengesetzte Inhalte als ‚richtig‘ oder ‚falsch‘ erweisen.“⁹

Nehmen wir als Beispiel noch einmal das oben genannte Problem der Konjunkturpolitik. Man kann unterschiedliche Konjunkturanalysen und unterschiedliche Konjunkturprogramme – getrennt oder in der Pro- und Contra-Gegenüberstellung – zum Inhalt einer Bildungsveranstaltung machen. Man kann aber auch durch Vermittlung von ‚Methode‘ – in diesem Fall der Kreislaufanalyse – den Teilnehmer zu befähigen versuchen, selbständig unterschiedliche, gegensätzliche Konjunkturanalysen und Konjunkturprogramme zu beurteilen. Man kann das Stabilitätsgesetz den Teilnehmern zur Information vorlegen oder vortragen. Man kann aber auch die Teilnehmer bitten, aufgrund der Kreislaufanalyse zu prüfen, was der Staat mit seinem Haushalt, also seinen Einnahmen und seinen Ausgaben zur gesamtwirtschaftlichen Stabilität beitragen kann, wenn die gesamtwirtschaftliche Nachfrage entweder größer oder kleiner ist als das gesamtwirtschaftliche Angebot. Das so entstehende Schema (1.1 Staatseinnahmen, 1.2 Staatsausgaben, 2.1 Gesamtwirtschaftliches Angebot größer, 2.2 kleiner als gesamtwirtschaftliche Nachfrage) ermöglicht den Teilnehmern nicht nur Kenntnis, sondern auch Verständnis des Prinzips antizyklischer Finanzpolitik.

Wissenschaftlichkeit politischer Bildung enthält somit drei Elemente – Ausgangsfragen, Erkenntnisverfahren, Kommunikation; in der Zielformulierung:

- Die Fähigkeit, ein Problem systematisch – auf alle seine Zusammenhänge und Folgen – zu befragen;
- das Verständnis für die Notwendigkeit nachvollziehbarer Erkenntnisverfahren;
- die Bereitschaft zur offenen Kommunikation.

9 Antonius Holtmann: *Wie politisch ist die politische Bildung? Wissenschaftstheoretische Rechtfertigung und methodische Konsequenzen*; in: AB, Jg. 7 (1976) 4, B 62.

5. Grenzen der Wissenschaftlichkeit

Das Prinzip Wissenschaftlichkeit, wie es hier umrissen wird, kann natürlich nicht unterschiedslos in allen Veranstaltungen verwirklicht werden, die als politische Bildung firmieren – hier ist die Unterscheidung von politischer Bildung und sozialem Lernen bedeutsam¹⁰. Unterscheidet man person- und gruppenbezogenes Lernen einerseits, themenbezogenes Lernen andererseits, ist der unterschiedliche Stellenwert von Wissenschaftlichkeit offensichtlich.

Doch auch in themenbezogenen Veranstaltungen ist Wissenschaftlichkeit nicht einziges, aus dem Ziel Handlungsfähigkeit abzuleitendes Arbeitsprinzip. Entscheidungen enthalten – zumindest – drei Elemente: Zielbestimmung, Situationsanalyse, Mittelwahl. Wissenschaftlichkeit ist hier zunächst der Situationsanalyse zuzuordnen, dann – bei gegebener Zielbestimmung – der Mittelwahl. Für die Zielbestimmung ist – da vom Sein nicht auf das Sollen geschlossen werden kann – eine andere Erkenntnisebene heranzuziehen. Hier jedoch von nicht mehr überprüfbaren Wertentscheidungen zu sprechen, kann oft vorschnell sein.¹¹ Politische Zielbestimmungen lassen sich mit durchaus nachvollziehbaren Verfahren auf anthropologische Ausgangssätze beziehen oder aus ihnen ableiten¹². Für die Behandlung von Grundnormen in der politischen Bildung ist mit ‚Rationalität‘ ein weiterer Begriff als der der Wissenschaftlichkeit heranzuziehen. Wissenschaftlichkeit ist hier als Unterbegriff zu Rationalität¹³ zu verstehen; oder: Rationalität erschöpft sich nicht in Wissenschaftlichkeit.

Neben diesen konzeptionellen Grenzen von Wissenschaftlichkeit sind Grenzen, genauer gesagt: Widerstände zu bedenken, die ausgehen von den beteiligten Personen und Institutionen:

Träger politischer Bildung werden das Prinzip Wissenschaftlichkeit kaum akzeptieren, wenn es Aufgabe ihrer Veranstaltungen ist, die Teilnehmer lediglich zur Identifikation mit Organisationszielen, nicht zu deren kritischer Prüfung (wozu auch die Möglichkeit von Ablehnung und Abänderung gehört) zu veranlassen. Solche Veranstaltungen

10 Siehe dazu *Bernhard Sutor*: Soziale Bildung – Politische Bildung – Soziales Lernen – ein Versuch der Unterscheidung und Zuordnung; in: AB Jg. 9 (1978) 3, B 60–66.

11 Vgl. z. B. die Positionen und Diskussionen in: *W. Oelmüller* (Hrsg.): *Transzendentalphilosophische Normenbegründungen*; Paderborn 1978.

12 Im hier interessierenden Bereich der Pädagogik haben dies *Geißler* für Allgemeinbildung und *Sutor* für politische Bildung gezeigt: *Erich E. Geißler*, *Allgemeinbildung ...* (Anm. 6). *Bernhard Sutor*, *Grundgesetz und politische Bildung*; Hannover 1976.

13 Zum Rationalitätskonzept siehe *M. Hättich*, *Rationalität ...* (Anm. 5).

gen politischer Bildung zuzuordnen, ist freilich problematisch¹⁴.

Ernstere Einwände gegen das Arbeitsprinzip Wissenschaftlichkeit werden von Dozenten der politischen Bildung vorgebracht. Sie lassen sich allerdings meist auf zwei Gründe zurückführen. Der erste ist, daß viele Mitarbeiter der außerschulischen politischen Bildung in ihren Veranstaltungen mit Themen arbeiten (müssen), für die ihnen die fachwissenschaftliche Vorbildung fehlt. Dem hat die Entwicklung von Curricula als scheinbare Rezeptologie erheblich Vorschub geleistet: Hier ist die Sachstruktur, sind oft Medien und Methoden vorgegeben. Der Dozent, oder – wie er dann genannt wird: Teamer – hat anzuwenden, was er vorfindet und sich im übrigen und vor allem um das Allgemein-Menschliche zu kümmern. Hier gerät aus dem Blick, was als Mittelpunkt von Lehren und Lernen auf den – fatalerweise altmodisch gewordenen – Begriff der Begegnung zu bringen ist, Begegnung von Person und Sache (oder Gegenstand oder Thema). Diese Begegnung kann und muß vorbereitet, sie kann nicht vorbestimmt sein. Die Fähigkeit, sich auf die jeweils unterschiedliche Unterrichts- oder Seminarsituation ohne Verzicht auf notwendige thematische Systematik einzustellen, wird nur der in dem entsprechenden Fachgebiet souveräne Dozent haben (wo diese fachliche Souveränität erworben ist, spielt dabei natürlich keine Rolle).

Fachliche Souveränität ist nur die eine Seite der notwendigen Kompetenz. Und hier liegt der zweite Grund für Bedenken gegen Wissenschaftlichkeit, wie sie von Dozenten vorgetragen werden: Wissenschaftlichkeit politischer Bildung wird nicht schon dadurch gesichert, daß nur Fachwissenschaftler die Dozentenaufgaben wahrnehmen. Die Begegnung von Person und Sache erfordert auch pädagogische, allgemeiner: kommunikative Kompetenz. Das läßt sich freilich schon aus den oben formulierten Elementen von Wissenschaftlichkeit ableiten: Wenn Intersubjektivität, Nachprüfbarkeit, kritische Prüfung Wissenschaft kennzeichnen, dann muß der Wissenschaftler zur Kommunikation auch mit dem Nicht-Fachmann – und das ist angesichts der Wissenschaftsdifferenzierung schon der Wissenschaftler-Kollege – bereit und in der Lage sein. Wissenschaftlichkeit kann also an den Kompetenzen der Dozenten nicht ihre Grenzen finden – sie verlangt eine entsprechende Qualifizierung des pädagogischen Personals.

Die Teilnehmer an Veranstaltungen politischer Bildung nehmen Wissenschaftlichkeit nicht nur hin, sondern erwarten sie. Dafür gibt es hinreichend Hinweise im gesellschaftlichen Bereich allgemein¹⁵ wie in den Veranstaltungen politischer Bildung im besonderen. Daß zur Wissenschaftlichkeit Umsetzung, Vermittlung gehört, ist schlicht selbstverständlich. Kritik richtet sich nicht gegen Wissen-

14 Schließlich hat es seinen guten Sinn, wenn die Bundeszentrale für politische Bildung Mitgliederversammlungen nicht fördert oder wenn Parteien und politische Stiftungen durchaus unterscheidbare, abgrenzbare Aufgaben haben.

15 Vgl. *J. Knoll*, *Erwachsenenbildung* (Anm. 7), S. 62.

schaftlichkeit, sondern gegen mangelnde Kommunikationsfähigkeit von Wissenschaftlern.

In einer Diskussion hauptamtlicher pädagogischer Mitarbeiter der politischen Erwachsenenbildung wurde ein Lehrprogramm zu Problemen der Stabilitätspolitik (unter anderem) deshalb kritisiert, weil es – der wissenschaftlichen Systematik folgend – neben Finanz- (mit Steuer- und Staatsausgaben –), Einkommens- und Wachstums- (Struktur-)politik auch Geld- und Außenwirtschaftspolitik gleichrangig enthielt. Die Kritik gründete sich darauf, daß diese beiden Politikbereiche einem teilnehmerorientierten Ansatz widersprechen, da sie weder im Erfahrungsbereich der Teilnehmer liegen. Vom Prinzip der Handlungsorientierung her ist dieses Argument schon nicht stichhaltig: Wie kann ein Teilnehmer z. B. in einer Partei oder einer Gewerkschaft erfolgreich an der Willensbildung zu Problemen der Stabilitätspolitik teilnehmen, wenn er Einflußfaktoren nicht berücksichtigt oder gar nicht kennt, die möglicherweise in einer bestimmten Situation ausschlaggebend sind? Doch auch vom Prinzip Teilnehmerorientierung her ist das Argument nicht haltbar: Wer Teilnehmer an wirtschaftspolitischen Bildungsveranstaltungen zu Beginn regelmäßig nach ihren Lernwünschen fragt, dem werden – in signifikanter Häufigkeit – immer auch Begriffe und Probleme aus der Geld- und Außenwirtschaftspolitik genannt. Wissenschaft ist durch Politik und Medien so sehr Bestandteil unseres Alltags geworden, daß ihre Mißachtung einer Mißachtung der Teilnehmerwünsche gleichkommt.

6. Realisierung von Wissenschaftlichkeit

Wie läßt sich Wissenschaftlichkeit nun in der Vorbereitung von Veranstaltungen politischer Bildung verwirklichen? Hier haben sich durch die von der Bundeszentrale für politische Bildung geschaffene Möglichkeit, systematische Arbeitsprogramme auch für die außerschulische Bildung zu erarbeiten¹⁶, wichtige Hinweise ergeben, die in folgender Übersicht anschaulich gemacht werden können:

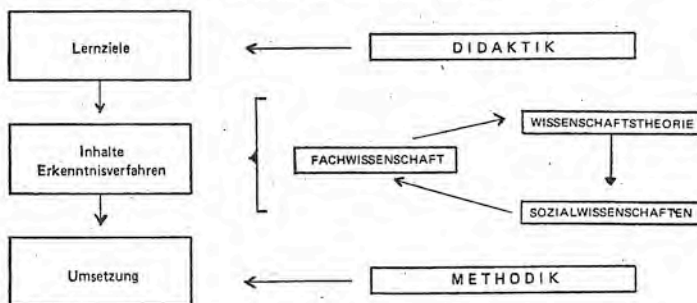


Abbildung 3

¹⁶ Dazu Will Cremer: Fortbildung mit neuer Dimension. Die Curriculum-Förderung soll sich auszahlen; in: Materialien zur politischen Bildung, Jg. 5 (1977) 2, S. 79–87.

Dieses Schaubild enthält sechs Arbeitsschritte:

- Der Didaktiker der politischen Bildung formuliert die Lernziele.
- Der Fachwissenschaftler beschreibt das System der entsprechenden Fachwissenschaft.
- Der Wissenschaftstheoretiker prüft und kritisiert die wissenschaftstheoretischen Implikationen des vorgetragenen Systems.
- Die Vertreter anderer Sozialwissenschaften beschreiben interdisziplinäre Ansätze und formulieren Integrationsmöglichkeiten.
- Aufgrund der Ergebnisse von c) und d) überarbeitet der Fachwissenschaftler das von ihm beschriebene System der Fachwissenschaft. Er formuliert die Grundfragen und bestimmt die grundlegenden Methoden, auf die sich die Fachwissenschaft zulässig reduzieren läßt.
- Dieses Ergebnis wird zur Grundlage unterschiedlicher Arrangements für Veranstaltungseinheiten.

Wissenschaftlichkeit als Prinzip politischer Bildung verlangt also die Integration von fünf Aspekten in den einzelnen Lehrprogrammen:

- des Systems der Fachwissenschaft, v. a. ihrer Ergebnisse;
- der Problematik des Systems der Fachwissenschaft, die wissenschaftstheoretisch zu ermitteln ist;
- der Fragestellungen (nicht Antworten) und Denkweisen (nicht Ergebnisse) der Fachwissenschaft;
- der interdisziplinären Zusammenhänge der Fachwissenschaft;
- der kommunikativen Dimension.

Da es bislang nur im Schonraum von Curriculum-Projekten möglich ist, die einzelnen genannten Arbeitsschritte auf verschiedene Personen aufzuteilen, ist die Forderung nach Wissenschaftlichkeit zunächst eine Forderung an die Personalausstattung der Träger politischer Bildung und an die Qualifikationsangebote für haupt- und nebenamtliche Mitarbeiter.

7. Zusammenfassung

Die vorstehenden Überlegungen lassen sich in folgenden Thesen zusammenfassen:

- Wissenschaftlichkeit steht nicht im Gegensatz zu Handlungsorientierung politischer Bildung, sondern gehört zu deren Bedingungen.
- Wissenschaftlichkeit widerspricht nicht der Teilnehmerorientierung, denn die Teilnehmer erwarten systematische und wissenschaftlich abgesicherte Inhalte in Veranstaltungen politischer Bildung.

- c) Wissenschaftlichkeit wird durch die Bedingungen der Kurzzeitpädagogik nicht ausgeschlossen, da sie sich im systematischen Zusammenhang von grundlegenden Fragestellungen und Erkenntnisverfahren realisiert.
- d) Wissenschaftlichkeit wird nicht verwirklicht durch die ungeprüfte Übernahme universitärer Lehrbuchinhalte, sondern durch deren wissenschaftstheoretische und interdisziplinäre Reflexion.
- e) Wissenschaftlichkeit setzt nicht formale, sondern inhaltliche Qualifikationen voraus: Es gibt unwissenschaftliche Dozenten mit formaler wissenschaftlicher Qualifikation und wissenschaftliche Dozenten ohne formale wissenschaftliche Qualifikation.
- f) Wissenschaftlichkeit erweist sich nicht durch Unverständlichkeit; Intersubjektivität, damit Kommunikation, ist konstitutiver Bestandteil von Wissenschaft.

AB 78

B 111